



Nr. 62 / 21.10.2016

Alexander **HOFFMANN** informiert

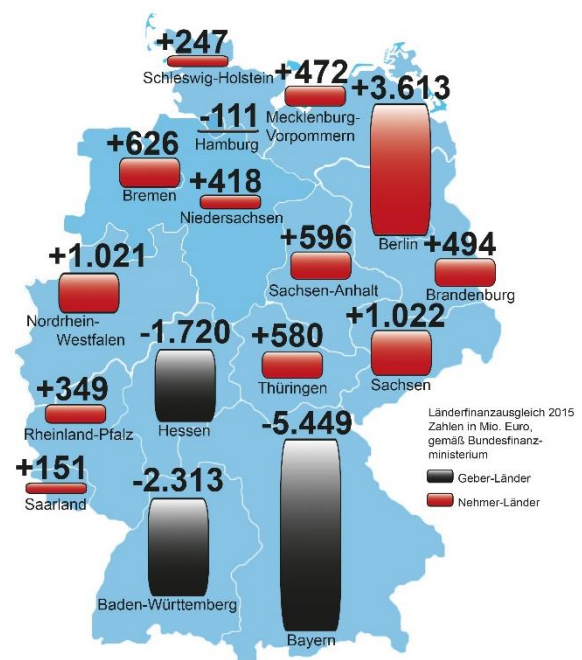
DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Reform des Länderfinanzausgleichs: Bayern zahlt künftig weniger

Liebe Leserinnen, liebe Leser, am zurückliegenden Freitag haben sich die Ministerpräsidenten der Länder mit unserer Bundeskanzlerin und mit unserem Bundesfinanzminister nach hartem Ringen auf eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 verständigt. Der Länderfinanzausgleich wird damit in seiner jetzigen Form abgeschafft. Wir Bayern stehen zur Solidarität mit den Ländern. Das alte System ist jedoch in eine Schiefelage geraten, eine Neuregelung war unausweichlich.

Der Länderfinanzausgleich soll die unterschiedliche Steuerkraft der Länder glätten und für annähernd gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland sorgen. Doch so, wie sich dieses System im Laufe der Zeit entwickelt hat, ist es sehr unsolidarisch. Daher hatte der Freistaat Bayern im Jahr 2013 zusammen mit Hessen Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erhoben.

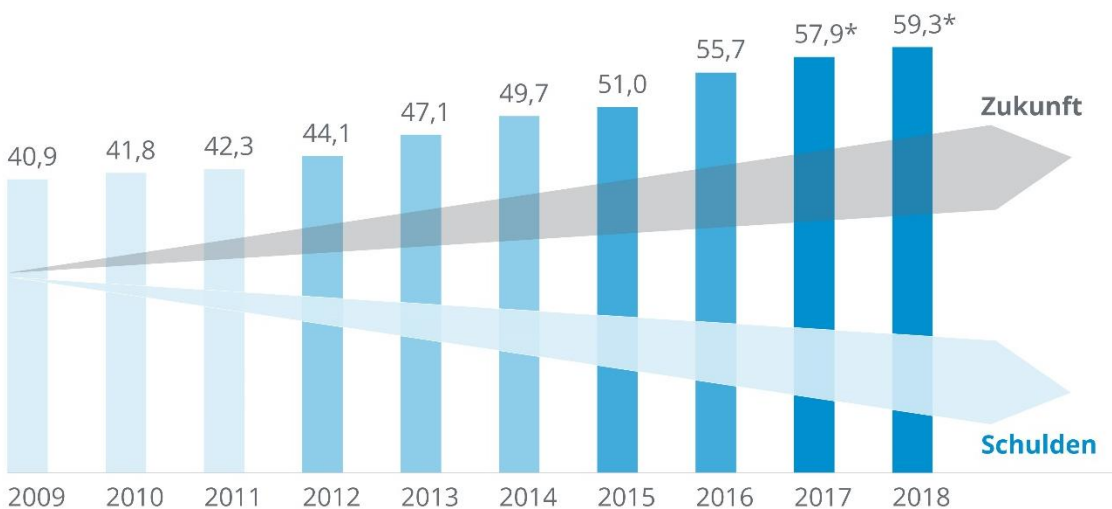
Im Jahr 2015 ist über den Länderfinanzausgleich mit rund 9,6 Milliarden Euro so viel wie noch nie zwischen den Bundesländern umverteilt worden. Mehr als die Hälfte davon – circa 5,4 Milliarden Euro (500 Millionen Euro mehr als 2014) – wurde allein vom Freistaat Bayern eingezahlt. Hinzu kamen weitere Milliarden im Umsatzsteuer-vorwegausgleich. Und die Zahlungen Bayerns werden in den kommenden Jahren bis einschließlich 2019 noch weiter steigen.



Staatshaushalt und Schuldentilgung

Sollzahlen in Mrd. Euro

Bayern.
Die Zukunft.



Keine neuen Schulden

0 € 0 € 0 €

Schuldentilgung

-1 Mrd. € -1 Mrd. € -540 Mio. € -500 Mio. € -550 Mio. € -500 Mio. €* -500 Mio. €*

Bayern 2030
schuldenfrei

Datenquelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

* Regierungsentwurf vorbehaltlich Beschlussfassung durch den Bayerischen Landtag

Inzwischen zahlen wir in zwei Jahren mehr ein, als wir jemals aus dem Länderfinanzausgleich bekommen haben! In den knapp 40 Jahren, in denen Bayern ein Nehmerland war, hat der Freistaat Zahlungen von umgerechnet 3,4 Milliarden Euro erhalten. Preisbereinigt waren es rund 10 Milliarden Euro. Seit Bayern ein Geberland ist, haben wir (ab 1989 bis einschließlich 2015) bisher exakt 56,7 Milliarden Euro eingezahlt – und somit bereits ein Vielfaches dessen geleistet, was wir in all den Jahrzehnten zuvor bekommen hatten.

Das bestehende System des Länderfinanzausgleichs läuft Ende 2019 aus. Wegen der Bundestagswahl in knapp einem Jahr drängte aber die Zeit für eine Anschlussregelung. Dass sich der Bund und die 16 Länder nun auf ein neues Verfahren ab 2020 geeinigt haben, ist vor allem auf die Klage Bayerns und Hessens vor dem Bundesverfassungsgericht zurückzuführen. Sie hat erst die Verhandlungen und die jetzt erzielte Einigung ermöglicht.

Die Solidarität der starken Länder mit den schwächeren Ländern wird in Zukunft über die Umsatzsteuer geregelt. Es gibt nur noch ein einfaches und klares Ausgleichssystem. Gleichzeitig werden die Geberländer erheblich entlastet, allen voran Bayern: Der Freistaat wird künftig 1,35 Milliarden Euro pro Jahr im Vergleich zum bisherigen Länderfinanzausgleich weniger zahlen müssen. Diese Mittel werden ab 2020 für Investitionen und die weitere Schuldentilgung zur Verfügung stehen.

Bereits seit 2006 macht unser Bundesland keine neuen Schulden mehr. Und seit 2012 wurde die Verschuldung um mehr als 4,5 Milliarden Euro konsequent abgebaut. Mit den zusätzlichen Mitteln ab 2020 ist der Weg frei zum großen Ziel, Bayern bis 2030 schuldenfrei zu machen.

Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs war letztlich nur möglich, weil die Bundesregierung den Ländern finanziell sehr weit entgegengekommen ist: Die zusätzliche finanzielle Beteiligung des Bundes summiert sich im Jahr 2020 auf mehr als 9,5 Milliarden Euro und steigt bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf ca. 13 Milliarden Euro.

Dieses finanzielle Entgegenkommen des Bundes fügt sich nahtlos in die Reihe der Entlastungen von Ländern und Kommunen durch den Bund ein. Diese summieren sich auf über 20 Milliarden Euro allein in diesem Jahr. Im Zeitraum 2010 bis 2019 beträgt das finanzielle Engagement des Bundes zugunsten der Ländern und Kommunen insgesamt sogar mehr als 150 Milliarden Euro!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB